

Meldungen

zusammestellt von Theo Ebbers und Dirk Geilen

Möglichkeiten zur Beilegung des Kashmir Konfliktes

Breiten gesellschaftlichen Konsens für eine Normalisierung der Lage in Kashmir hat eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation (NRO) in Indien, Pakistan und dem umkämpften Gebiet selbst ausgemacht. In ihrem nach einer Kashmir-Reise verfaßten Bericht, der beiden Regierungen vorliegt, rät die 'Kashmir Study Group' unter anderem zu einer bedeutenden Reduzierung der indischen Sicherheitstruppen in der Region. Außerdem solle Pakistan dem Vorstoß zustimmen, eine regionale oder internationale Organisation mit einem Mandat für die Überwachung aller grenzüberschreitenden Aktivitäten auszustatten, schlägt die in Larchmont im US-Bundesstaat New York ansässige NRO vor. Neu Delhi und Islamabad könnten dann sogar die UN-Friedensmission nach Hause schicken, die an der Grneze zwischen der direkt von Neu Delhi verwalteten Zone und dem durch Pakistan kontrollierten Kashmir stationiert ist. Indien akzeptiere die Blauhelme ohnehin nicht mehr. Beide Regierungen sollten ihre Friedensbemühungen verstärken, mahnt die NRO.

In Indien mehrten sich die Stimmen, die von Delhi mehr Engagement für die Bevölkerung Kashmirs verlangen. Dennoch hielten die meisten Inder die Lösung des Konflikts für eines von vielen noch zu bewältigenden Problemen. Sie seien offenbar der Meinung, daß die Zeit für Delhi arbeite. Im Gegensatz dazu sehe Pakistan in der Lösung der Kashmirfrage den Knackpunkt für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen, betont der Bericht.

Unterdessen scheinen die beiden Regierungen von der Verwirklichung der Ratschläge der NRO noch weit entfernt zu sein. Zwar hatte der pakistanische Premier Sharif seinem indischen

Kollegen Gujral beim Spitzentreffen in New York im September einen Nichtangriffspakt angeboten. Doch machte er andererseits jedwede Verbesserung der Beziehungen von Zugeständnissen Indiens abhängig, zum Beispiel von der Truppenreduzierung in Kashmir. "Was wir in den vergangenen 50 Jahren nicht erreichen konnten, ist nun wohl kaum in 50 Tagen zu schaffen", hatte Sharif nach dem Treffen mit Gujral geäußert.

'Presidents Rule' zurückgenommen

Die vom indischen Kabinett am 20. Oktober gefällte Entscheidung, 'Presidents Rule' über Uttar Pradesh zu verhängen und damit den volkreichsten Bundesstaat direkt von Delhi aus zu verwalten, wurde zurückgenommen. In einem überraschenden Schritt weigerte sich Staatspräsident K.R. Narayanan die vom Kabinett in einer Marathonsitzung beschlossene, jedoch umstrittene Empfehlung zu unterschreiben. Vor allem die in der 'United Front' vertretenen Regionalparteien sprachen sich gegen die Im-

plementierung der 'Presidents Rule' aus. Premierminister I.K. Gujral sah sich aufgrund dieser innenpolitischen Krise veranlaßt, seine Staatsbesuche in Deutschland und Frankreich abzusagen.

Der erste "kastenlose" Präsident Indiens verhinderte damit die Entlassung der von Kasten-Hindus dominierten BJP-Regierung in Lucknow. Diese hatte zuvor eine Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen, bei der es zu tumultartigen Szenen kam, in deren Verlauf mehrere Abgeordnete verletzt wurden. Notwendig wurde die Abstimmung, nachdem die seit März bestehende Koalition mit der als Dalit-Partei bezeichneten BSP auseinandergebrochen war. Turnusgemäß hatte Mayawati Ende September ihr Amt an den jetzigen BJP-Ministerpräsidenten, Kalyan Singh, weitergereicht. Die Risse innerhalb der Koalition, die nicht zuletzt Folge einer zunehmenden Kasten-Polarisierung in Uttar Pradesh sind, waren jedoch irreparabel.

Befürworter eines Absetzens der BJP-Regierung, wie der Gouverneur Uttar Pradeshs, Romesh Bandari, machen ne-



Mayawati und Kalyan Singh (Foto: 'Frontline')

ben den im Parlament stattfindenden Gewalttätigkeiten, verfassungsmäßige und politische Unregelmäßigkeiten als Gründe für ihre Entscheidung geltend. Der BJP wird dabei u.a. vorgeworfen, unrechtmäßig Abgeordnete anderer Parteien abgeworben zu haben - selbst Ministerposten seien offeriert worden. Tatsächlich gelang es Kalyan Singh, nahezu 50 Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen und mit 222 Stimmen die Mehrheit im Parlament von Lucknow zu erringen - die meisten Überläufer kamen dabei aus dem Lager des 'Congress'.

Nationale Menschenrechtskommission verurteilt Übergriffe gegen Medha Patkar

Die Nationale Menschenrechtskommission Indiens hat die gewalttätigen Übergriffe der Polizei auf Medha Patkar vom Mai diesen Jahres verurteilt. Die bekannte Umweltaktivistin und Symbolfigur des Widerstandes gegen den Narmada-Staudamm war mit einigen Mitstreitern auf einer Tour durch die Konkan-Region Maharashtras, bei der sie in den Dörfern das Bewußtsein für Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung stärken wollte. Unter anderem hatte sie dabei auch auf Korruption durch einige Minister der Landesregierung aus 'Shiv Sena' und BJP hingewiesen. Weil die Behörden "Probleme" befürchteten, wurde ihr im Dorf Raigad am 29. Mai ein öffentlicher Auftritt vor einer Versammlung verboten. Im anschließenden Handgemenge wurden friedliche Demonstranten von Polizisten eingekesselt, brutal geschlagen und eine ganze Nacht lang eingesperrt - ohne Nahrung, medizinische Hilfe für die Verletzten oder Kontakt zu Anwälten.

In ihrem Abschlußbericht kam ein Untersuchungsteam der Menschenrechtskommission Ende Oktober zu dem Ergebnis, daß die Polizei "in grober Miß-

achtung fundamentaler Rechte friedliche und unbewaffnete Sozialarbeiter, die für eine gemeinnützige Sache kämpften, verletzt hat." Die Aktivistin, "friedliche Kämpfer in Umweltfragen von vitalem Interesse für die Nation", seien "wie Kriminelle behandelt worden."

Gleichzeitig bestimmte die Menschenrechtskommission, daß die jeweils regierende Partei keine staatlichen Institutionen nutzen dürfe, um ihre eigenen Ziele zu erreichen oder "kritische Stimmen zu strangulieren". Den Opfern solle eine Kompensation zugesprochen werden.

Anklage gegen Politiker wegen Moscheezerstörung

Gegen führende Politiker der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) und der 'Shiv Sena' sollen wegen der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya Anklage erhoben werden. Anklageschriften wegen Verschwörung sollen gegen L.K. Advani, Murli Manohar Joshi, Kalyan Singh, Bal Thackeray und 45 weitere Politiker ausgestellt werden. Während man in der BJP darum bemüht ist, zumindest nach außen Gelassenheit zu demonstrieren, wird die Glaubwürdigkeit der aktuelle BJP-Kampagne gegen Korruption und Kriminalität durch die Anklageschriften schwer erschüttert. Aus den jüngsten Finanzskandalen mit einem blauen Auge davongekommen, nachdem sich Verdachtsmomente gegen BJP-Chef Advani in den jüngsten Finanzskandalen nicht erhärtet hatten, steht die Führungsspitze der BJP nun erneut im Zentrum einer polizeilichen Untersuchung. Für die bevorstehenden Wahlkampagnen in verschiedenen Bundesländern steht die BJP nun vor dem Dilemma, daß die Moscheezerstörung wieder zu einem Hauptthema werden kann. Wie die vergangenen Wahlen jedoch gezeigt hat, kann die BJP allein mit

diesem Thema keine zusätzlichen Wählerstimmen mehr mobilisieren und muß sich daher auf andere Themen konzentrieren - für die Partei eine Zwickmühle, die von ihren politischen Gegnern sicherlich weidlich genutzt wird, weiter am Image der BJP zu kratzen. Es war vor allem der Vorwurf der Zerstörung der Babri-Moschee, der nach den Wahlen 1996 verhindert hatte, daß die BJP während ihrer 13-tägigen Amtszeit Koalitionspartner finden konnte.

Abschuß eines Satelliten

Von Sriharikota, im südlichen Andhra Pradesh, wurde am 29. September zum ersten Mal ein indischer Satellit durch eine in Indien hergestellte Trägerrakete von indischem Boden ins All geschossen. Der Stolz über die Premiere wurde jedoch getrübt, als der Satellit aufgrund eines technischen Fehlers nur in einer tieferen Umlaufbahn als geplant stationiert werden konnte.

Die indische Raumfahrtindustrie in Form der 'Indian Space Research Organisation' (ISRO) will aber noch höher hinaus: Bereits für das nächste Jahr ist der Start einer größeren Trägerrakete geplant - diese soll imstande sein, statt der bisher 1,2 Tonnen schweren Satelliten, 2,5 Tonnen ins All zu befördern.

Bisher hoben die in Indien hergestellten Satelliten von Baikonur oder Kourou ab. Ein von einer Ariane erst im Sommer ausgesetzter Satellit ist aufgrund eines Defekts Anfang Oktober unbrauchbar geworden. Der Ausfall bedeutet einen Rückschlag für das expandierende Kommunikationswesen. Mit dem Ausbau der Raumfahrt will Indien unabhängig von ausländischen Anbietern werden. Alleine die Kosten für eine geplante zweite Abschlußrampe belaufen sich auf umgerechnet 150 Millionen Mark.

'Haldi'-Patentierung

In einer gerichtlichen Entscheidung legte ein US-Gericht dar, daß die heilenden Eigenschaften der in Indien vorkommenden Tamarinde ('turmeric' oder auch 'haldi') nicht patentierbar seien. In Form des 'Council of Scientific and Industrial Research' (CSIR) führte Indien seit 1996 einen Rechtsstreit gegen das ein Jahr zuvor durch das medizinische Zentrum der Universität von Mississippi erlangte Patent. Im Gegensatz zur Kontroverse um die Patentierung medizinisch nutzbarer Eigenschaften des 'Neem'-Baumes, wurde der 'Haldi'-Fall von den US-Behörden zugelassen. Neu ist auch, daß ein US-Patent, welches auf dem traditionellen Wissen eines "Drittwelt-Landes" beruht, zurückgenommen wurde.

Durch die Unterzeichnung der 1992 in

'INDO-ASIA'-Redakteurin erhielt 'Gisela-Bonn-Preis'

Am 29. August verlieh der indische Botschafter, Satinder Kumar Lambah, im Rahmen eines Festakts der Deutsch-Indischen Gesellschaft zum fünfzigjährigen Bestehen des unabhängigen Indiens den "Gisela-Bonn-Preis" an die Redakteurin der Vierteljahrszeitschrift 'INDO-ASIA', Martina Wütz.

Nach dem Tode der auch international anerkannten Schriftstellerin und Herausgeberin der Zeitschrift 'INDO-ASIA', Gisela Bonn, im Oktober 1996, stiftete der "Indische Rat für Internationale Kulturbeziehungen" (Indian Council for Cultural Relations, ICCR) den Preis zum "Angedenken an Professor Dr. Gisela Bonn, eine engagierte Freundin Indiens und eine hervorragende Anwältin der deutsch-indischen Freundschaft". Der Preis wird jährlich auf Vorschlag eines fünfköpfigen Auswahlausschusses unter dem Vorsitzenden der Deutsch-Indischen Gesellschaft (Dachverband) für "Beiträge zur Vertiefung der deutsch-indischen Freundschaft" verliehen. Der Preis wurde Martina Wütz für ihre besonderen Leistungen als Redakteurin der Zeitschrift 'INDO-ASIA' seit 1983, als langjährige Mitarbeiterin der verstorbenen Gisela Bonn und für ihr praxisnahes journalistisches Wirken verliehen.

Rio verabschiedeten "Konvention zur biologischen Vielfalt" erhöht sich für Indien die Chance, souverän über seine Bioressourcen und sein traditionelles Wissen zu verfügen. Zur Zeit nutzen transnationale Konzerne - unter ihnen auch die deutschen Chemiegiganten - biologisch-genetische Ressourcen kommerziell, sowohl innerhalb als auch außerhalb Indiens. Um diese Ausbeutung zu verhindern, muß der in Rio unterzeichnete Vertrag durch ein nationales Biodiversitäts-Gesetz transformiert werden. Ein solcher Gesetzentwurf wird in den nächsten Tagen von der Regierung in Delhi vorgelegt werden.

Gandhi im Internet?

Akzeptiert die indische Regierung einen Vorschlag "Mahatma Gandhi Stiftung", wird es für Internet-Surfer bald möglich sein, jedes von Mahatma Gandhi jemals geschriebenes Wort und alle seine aufgezeichneten Reden über das Internet abzurufen.

Die von seinem Enkel gegründete Stiftung hat die Unionsregierung um finanzielle Unterstützung in einer Höhe von 55 Millionen Rupien gebeten, um das Projekt finanzieren zu können. Geplant ist der Aufbau einer Gandhi-Datenbank, die neben den über 100 Bänden der "Collected Works of the Mahatma" alle wichtigen Gandhi-Biographien sowie über 500 Photos enthalten soll.

Ausländische Förderung von NROs umstritten

Immer häufiger werden die hohen Geldsummen, die indische Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem Ausland erhalten, scharf kritisiert. Nachdem vor einigen Monaten der bekannte NRO-Aktivist Bunker Roy in einer Reihe von Artikeln in verschiedenen Zeitungen und Magazinen schärfere Kontrollen gefordert hatte, blies Anfang September der stellvertretende Ministerpräsident von Madhya Pradesh ins gleiche Horn. In einem Presseinterview gab Subash Yadav an, indische NROs erhielten jährlich über 20 Milliarden Rupien aus dem Ausland. Es gebe weder Gesetze noch Institutionen, mit denen die Verwendung dieser Mittel überprüft werden könnte, so Yadav. Zwar sind die von ihm genannten Zahlen wahrscheinlich völlig aus der Luft gegriffen, da tatsächlich keinerlei Angaben über die tatsächlich an indische NROs überwiesenen ausländischen Finanzmittel vorliegen, doch deutet die zunehmende öffentliche Kritik auf offenbar tatsächlich bestehende Mängel hinsichtlich der Verwendung solcher Mittel. Sie ist aber auch ein deutliches Indiz für die wachsende Paranoia etablierter Bevölke-

rungsschichten vor der Effizienz vieler NROs, die sich um eine grundlegende Umgestaltung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen bemühen.

Glanz und Glimmer im Zwielficht

Der Mord an Gulshan Kumar, einem der bedeutendsten Musik- und Filmproduzenten Bombays, wirft einen Schatten auf die Glanz- und Glimmerwelt der Filmindustrie der Metropole. Indischen Medien zufolge offenbart der Mitte August verübte Mordanschlag die Verbindungen der indischen Filmindustrie mit dem organisierten Verbrechen. Nur wenige Tage zuvor war ein Mordanschlag auf den Filmproduzenten Rajiv Rai gescheitert. Schon im März diesen Jahres war der Filmproduzent Mukesh Duggal einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Die Polizei vermutet hinter den Anschlägen die indische Mafia, die von den Filmgrößen Bombays Schutzgelder erpressen soll. Es heißt, Gulshan Kumar habe vor seiner Ermordung mehrere Drohanrufe erhalten, in denen Schutzgeldzahlungen gefordert worden seien sollen.

Die Lebensgeschichte Gulshan Kumars liest sich wie die Geschichte vom "Tellerwäscher zum Millionär". Noch 1972 hatte er als Gehilfe seines Vaters Fruchtsaftgetränke in einem kleinen Laden verkauft. Innerhalb von nicht einmal 20 Jahren gelang es ihm dann seit 1978 mit seinen Kassetten mit Hindi-Filmmusik einen Marktanteil von über 65 Prozent der Musikkassettenproduktion Indiens zu erzielen.

Die Polizei nutzt nun die Ermittlungen

im Mordfall Kumar, die schon seit langem vermuteten Beziehungen zwischen bekannten indischen Mafiabossen, wie dem in Dubai residierenden Dawood Ibrahim, und der Filmindustrie zu untersuchen. Vermutet wird, daß die Filmindustrie Bombays von der Mafia auch zu Geldwäschezwecken genutzt wird.

Veerappan hält Indien in Atem

Der seit 1983 gesuchte Veerappan bleibt weiter flüchtig. Der von den süd-indischen Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu wegen Wilderei, Schmuggel und 119-fachen Mordes Angeklagte, hat in diesem Jahr durch wiederholte Geiselnahmen auf sich aufmerksam gemacht. Erst kürzlich brachte er mit einigen Bandenmitgliedern 21 Menschen, darunter 14 Touristen, in seine Gewalt. Die Geiseln sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß.

Der 53-jährige Veerappan entstammt einer Familie von Wilderern. Schon in jungen Jahren hatte er Kontakt zu Räuberbanden, die in dieser Region keine Seltenheit waren. Er spezialisierte sich auf das Wildern von Elefanten - alleine 2.000 Tiere sollen ihm zum Opfer gefallen sein. Später wendete er sich dem Schmuggel von Sandelholz zu. Das für ihn lukrative Geschäft mit den Edelhölzern, welches ansonsten ein Privileg des Staates ist, ließ alsbald das Gerücht entstehen, daß Veerappan Kontakte bis in die höchsten Politikerkreise pflegt.

Daß der Schmuggler bisher nicht gefaßt werden konnte, liegt sicherlich an seinem 8.000 Quadratkilometer großen, waldreichen Operationsgebiet südöstlich von Mysore; aber auch unter der Bevöl-



Die Sicherheitslage in Assam wird immer bedenklicher (Foto: 'Frontline')

kerung genießt er großen Rückhalt - obwohl auch Zivilisten Opfer Veerappans wurden. Verständlich wird diese Einstellung, da es bei der Jagd auf den Gesuchten zu zahlreichen Polizei-Exzessen an der Bevölkerung, abgesichert durch ein Anti-Terror-Gesetz ('TADA'), gekommen ist. Seit Veerappans Rache an einigen beteiligten Sicherheitskräften wird er von vielen als Held verehrt.

Die Ministerpräsidenten der beiden Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu zwischen deren Territorien Veerappan rochiert, haben eine engere Kooperation ihrer auf Veerappan angesetzten Sicherheitskräfte angekündigt. Gab es früher bereits Verhandlungen über Kapitulations-Bedingungen Veerappans, so richteten die Ministerpräsidenten Ende Oktober ein Ultimatum an ihn. Unklar ist indes, welche Maßnahmen bei seiner Weigerung ergriffen werden sollen.

Veerappan ist auf dem besten Wege, die Nachfolge der "bandit queen", Phoolan Devi, anzutreten. Auch sie wurde lange Zeit von den Sicherheitskräften gejagt - ihre Geschichte ging um die ganze Welt. Sie selbst schlug nach verbüßter Haftstrafe eine politische Karriere ein - Interesse an der Politik soll auch Veerappan bereits angemeldet haben.

Assams Teeindustrie unterstützt Extremisten

Der Generaldirektor der Polizei in Assam hat schwere Vorwürfe gegen die großen Teeunternehmen in Assam erhoben, nachdem bekannt wurde, daß die zum Tata-Konzern gehörende 'Tata Tea Limited' die Kosten eines Krankenhausaufenthaltes der Kultursekretärin der verbotenen 'United Liberation Front of Ahom' (ULFA) getragen hat. Pranati Dekha war nach einem Krankenhausaufenthalt Ende August in Bombay verhaftet worden. Anfang September enthüllte dann Assams Polizeidirektor vor der Presse, daß die Kosten für die medizinische Behandlung Dekas von 'Tata Tea' getragen worden seien. Man habe solche Verbindungen zwischen den Militanten und der Teeindustrie zwar schon lange vermutet, doch erst mit der Verhaftung Dekas auch Beweise erhalten. Nach Polizeiangaben wurden bei Dekha und ihren Begleitern Dokumente und Belege gefunden, die eine solche Verflechtung bestätigen.

Während 'Tata Tea' die Anschuldigungen sofort als unbegründet zurückwies und die übrige Teeindustrie sich von dem Tata-Unternehmen distanzierte, gilt es als offenes Geheimnis, daß die Teeindustrie eine wichtige Geldquelle für die ULFA ist. Nicht nur die Teeindustrie, sondern im Grunde je-

des in Assam tätige Unternehmen kann in diesem nordöstlichen Bundesstaat nur mit der Billigung der ULFA tätig sein. Schutzgeldzahlungen, "Steuern" und sonstige Abgaben und Gefälligkeiten sind durchaus an der Tagesordnung und sichern der Geschäftswelt die für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten notwendige Sicherheiten. Zu oft sind in der Vergangenheit Manager von Teeplantagen und anderen Unternehmen entführt worden, immer hört man von Geschäftsleuten, daß sie von ULFA-Kadern um Gefälligkeiten gebeten werden, die sie aus Angst vor möglichen Folgen nicht ablehnen können. Wie ernst es der ULFA mit solchen Drohungen ist und wie wenig sie sich tatsächlich weder um die öffentliche Meinung noch um das Wohl der Bevölkerung sorgt, zeigt die Ermordung des bekannten NRO-Aktivisten Sanjoy Ghosh (s. 'Südasiens', 4-5/97).

Gewaltsame Enteignung von Dalits

Im Dorf Dohri Vakil im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh sind 154 Bauernfamilien der Dalits von Hunger und Unterernährung bedroht. Die Dalits wurden von örtlichen Großgrundbesitzern von ihrem Land vertrieben, obwohl ihnen dieses durch das Agrarreformgesetz zugewiesen worden war. 1992 erklärte der zuständige Regionalbeamte etwa 360 Hektar Land der 'Escort Farm Limited' im Rahmen der Agrarreform zu Überschußland. Nach dem Gesetz über Landbesitz wird Überschußland, das von Bauern mehr als 20 Jahre lang bearbeitet wird zu deren Eigentum. Als die Dalits jedoch begannen, das Neuland zu bearbeiten, schickten die örtlichen Großgrundbesitzer die Polizei. Die Bauern wurden nicht nur bedroht, sondern 60 von ihnen sogar verhaftet. Als sie aus dem Gefängnis entlassen wurden, fanden sie ihre Häuser verbrannt und ihre Felder zerstört. 'Escort Limited' hatte sich nicht nur das Land angeeignet, das den Bauern 1992 zugestanden worden war, sondern auch die Flächen, an denen sie schon seit über 50 Jahren Eigentumstitel hatten.

Erneut Demolierung von Slumhütten

382 Hütten sind Anfang Oktober in Bombay durch Mitarbeiter der 'Bombay Municipality Corporation' (BMC) zerstört worden. Dies war der Beginn einer Aktion der Bundesregierung von Maharashtra, die insgesamt die Zerstörung von 35.000 "Wohneinheiten" in verschiedenen Slumgebieten der Stadt zum Ziel hat. "Der Staat ist kein Ashram", erklärte Ministerpräsident Joshi das Vorhaben, "die Menschen können sich nicht dort ansiedeln, wo sie wollen". Wie und wo dies denn möglich sei,

sagte er nicht. Die Aktion des BMC hat weitreichende Proteste nach sich gezogen, die von bekannten Persönlichkeiten der Stadt unterstützt wurden. Sie forderten das BMC auf, das Problem stärker mit den Betroffenen zu besprechen. Es ist nicht das erste Mal, daß es in Indiens Megastädten zu solchen Aktionen der Behörden kommt.

Polizisten verurteilt

Anfang September wurden in Tamil Nadu insgesamt sechs Polizisten zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt, nachdem sie für schuldig befunden wurden, für den Tod eines Bauarbeiters in Polizeigewahrsam verantwortlich zu sein sowie dessen Ehefrau vergewaltigt zu haben. Nandagopal war Ende Mai 1992 wegen Diebstahls verhaftet und zusammen mit seiner Frau Padmini in die Polizeistation von Annamalai Nagar in Chidambaram gebracht worden. Dort wurde Padmini vor seinen Augen von einer Gruppe Polizisten mehrfach vergewaltigt und am nächsten Tag fand man Nandagopal tot in seiner Zelle. Nachdem die Landesregierung zunächst versucht hatte, eine Untersuchung des Falles zu verhindern und dann zumindest zu verzögern, wurde der Fall gerichtlich verfolgt, nachdem Padmini mit Hilfe von Frauenorganisationen und der Kommunistischen Partei Anzeige erstattet hatte. Immer wieder wurde versucht, sie mit Geldzahlungen zu einem Rückzug ihrer Anklage zu bewegen, mehrfach ist sie bedroht worden. Die Reaktionen der Landesregierung und die Dauer des Verfahrens haben wieder einmal deutlich gemacht, wie schwer es in Indien ist, Polizisten strafrechtlich zu verfolgen, die ihre Machtposition zu Menschenrechtsverletzungen mißbrauchen. Doch gibt die Verurteilung auch Anlaß zur Hoffnung, daß es trotz politischen Schutzes Möglichkeiten gibt, solches Fehlverhalten indischer Polizisten zu ahnden.

Die indische Ein-Kind-Familie

Renuka Chowdhury, Gesundheitsministerin, hat eine Kampagne "One is Fun" gestartet, mit der die Ein-Kind-Familie in Indien propagiert werden soll. Es ist dies ein erneuter Versuch, Indiens Bevölkerungswachstum, das jährlich nach wie vor bei über zwei Prozent liegt, zu reduzieren. Bereit in den vergangenen Jahrzehnten hatten meist erfolglose Kampagnen ähnliches versucht. Zusätzlich hat Premierminister Gujral seiner Gesundheitsministerin zugesagt, die Regierung werde aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit alle Mütter, die nach dem 15. August 1997 eine Tochter zur Welt bringen, mit 500

Rupien unterstützen. Auch dadurch soll das Bevölkerungswachstum weiter reduziert werden, da eine Ursache dafür die Bevorzugung indischer Paare für einen Sohn ist und nicht selten mehrerer Töchter zur Welt gebracht werden, bevor sich der männliche Nachwuchs einstellt.

Touristenzahlen aus Deutschland rückläufig

Die Zahl deutscher Touristen in Indien kann im nächsten Jahr um 25 Prozent zurückgehen. Diese Befürchtung äußerten führende Anbieter von Indienreisen

in Deutschland während eines Besuches in Tamil Nadu Anfang September. Als Hauptgrund werden die hohen Flugpreise angeführt, durch die sich viele potentielle Reisende abschrecken ließen. Flüge von Deutschland nach südostasiatischen Zielen wie Bangkok, Singapur, Hongkong usw. seien deutlich billiger als die Flüge nach Indien, obwohl die Flugstrecke doch mindestens 2.000 Kilometer länger sei. Für deutsche Indienreisende komme erschwerend hinzu, daß die meisten Flüge erst weit nach Mitternacht New Delhi oder Bombay erreichen und es zu dieser Zeit keine Anschlußflüge zu anderen indischen Orten

gebe. Dies mache die Übernachtung in überbelegten Hotels notwendig, die viele Reisende abschrecke. Schlechte Straßen und das Fehlen bequemer Reisemittel wie klimatisierte Busse, zu wenig Rastplätze entlang der Überlandstraßen und andere Unbequemlichkeiten wurden als weitere Ursachen für den Rückgang der Touristenzahl aus Deutschland genannt. Als vordringlichste Aufgabe sahen die deutschen Reiseveranstalter eine Erhöhung der Zahl von Linienflügen, um die schon bestehenden und oftmals völlig ausgebuchten Direktflüge zu ergänzen und eine deutliche Senkung der Flugkosten.

Verlorene Kindheit

Tagungsbericht zu einem Lehrerseminar

Nach wie vor ist Kinderarbeit ein aktuelles und drängendes Problem und das nicht nur in den Ländern des Südens. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) arbeiten weltweit zwischen 100 und 200 Millionen Kinder unter 14 Jahren zumeist in ausbeuterischen Verhältnissen und unter extrem gesundheitsgefährdenden Bedingungen. Allein in Indien schufteten schätzungsweise 75 Millionen Kinder in der Landwirtschaft, in verschiedenen Industriesektoren und im informellen Sektor, z.B. als Schuhputzer oder Straßenverkäufer.

"Verlorene Kindheit", so lautete der Titel des Seminars, das von der Regionalstelle Jugendheim des Pädagogischen Instituts Starkenburg im Hessischen Landesinstitut für Pädagogik (HeLP) und der Karl Kübel Stiftung vom 29. September bis 1. Oktober in Mainz durchgeführt wurde.

Über die Ursachen der Kinderarbeit und zu Lösungsansätzen referierten Walter Keller (Südasiensbüro im Asienhaus, Essen) und Ralf Tepel (Karl Kübel Stiftung). 30 Pädagogen der verschiedenen Schulformen und Klassenstufen setzten sich in Workshops mit fächerübergreifenden und methodenorientierten Konzepten zum Thema Kinderarbeit auseinander. "Das Seminar hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, ein globales und komplexes Thema wie die Kinderarbeit im Unterricht aufzugreifen und mit Schülern aller Altersstufen angehen zu erschließen", so eine Teilnehmerin des Seminars.

Mit der Fortbildung setzte die Lernwerkstatt Politische Bildung ihre Reihe von Seminaren zur methodenorientierten Gestaltung des Unterrichts fort. Sie war gleichzeitig ein Angebot der "Jugendaktion", die von der Karl Kübel Stiftung und HANDinHAND e.V. (Darmstadt) getragen wird. Lothar Scholz, kommissarischer Leiter der Regionalstelle Jugendheim im HeLP, hob am Ende der Tagung die positive Kooperation mit der Karl Kübel Stiftung hervor. "Die Zusammenarbeit mit kompetenten außerschulischen Einrichtungen bereichert durch authentische und realitätsnahe Impulse die Arbeit in Schule und Unterricht."

Die Karl Kübel Stiftung (Bereich "Jugendaktion", Tel.: 06251-700560) sowie die Lernwerkstatt Politische Bildung (Tel.: 06257-93460) bieten Literatur und Unterrichtsmaterialien zum Thema an.

Ingeborg Treber